



Dr. Frank Brodehl zum Inklusionsbericht des Landesrechnungshofs:

„Inklusion über alle Schularten hinweg bleibt eine nicht zu stemmende Utopie“

Kiel, 8. Dezember 2017 **Dr. Frank Brodehl, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Kieler Landtag, erklärt zu dem heute vorgestellten Inklusionsbericht des Landesrechnungshofs:**

Der Bericht des Landesrechnungshofs belegt, was jedem Lehrer in Schleswig-Holstein schon lange klar ist: Das Ziel, ein inklusives Schulsystem für alle Schularten und Schulen in Schleswig-Holstein einzuführen, ist nicht zu stemmen – weder finanziell noch personell.

Ideologie der Gleichmacherei zulasten der Schüler

Dass Jamaika trotzdem den Kurs der Küstenkoalition fortsetzen und weiterhin die Schwächung der bewährten Förderzentren/Sonderschulen zugunsten einer auf alle Schulen ausgeweiteten Inklusion in Kauf nehmen möchte, ist absurd. Vor allem aber ist es nicht im Interesse der betroffenen Schüler. Denn wenn Bildung weiter allein an einer Ideologie der Gleichmacherei ausgerichtet wird, wird dies den individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen der Schüler nicht gerecht.

Bewusste Fehlinterpretation der UN-Konvention

Dass sich mittlerweile selbst der Landesrechnungshof dieser Ideologie verpflichtet fühlt, zeigt sich in seinem Bericht daran, dass er dort ebenfalls die irrige Auffassung vertritt, die UN-Behindertenrechtskonvention würde den Bund und die Länder verpflichten, Menschen mit Behinderungen „gleichberechtigt Zugang zu einem inklusiven Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen zu ermöglichen“.

Tatsächlich folgt aus der UN-Konvention nichts anderes, als dass alle Kinder, auch die mit einer Behinderung, Zugang zu den öffentlichen Schulen haben müssen. Dies war und ist in Deutschland mit seinen Förderzentren bereits in so hervorragender Weise gegeben, dass diese Schulart weltweit Nachahmer fand und findet.

Die UN-Konvention so zu interpretieren, dass *alle Schüler gemeinsam in einer Schule beschult werden müssen*, ist der ideologisch bedingte Kardinalfehler, der zu den im Inklusionsbericht beschriebenen Verhältnissen an den Schulen Schleswig-Holsteins geführt hat. Diesem rein ideologisch bedingten Irrweg weiter zu folgen, lehnt die AfD im Interesse der betroffenen Kinder und Eltern entschieden ab.

Förderzentren und Wahlfreiheit der Eltern erhalten

Die AfD tritt stattdessen dafür ein, dass alle Schüler ihren individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen gemäß beschult werden – auf Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und in Förderzentren gleichermaßen. Förderzentren sollen nicht mehr geschlossen, sondern als eigenständige Schulart in jedem Fall erhalten werden. Nur so lässt sich für die Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf eine echte Wahlfreiheit sicherstellen – und die in Schleswig-Holstein dringend benötigte sonderpädagogische Expertise erhalten.

Weitere Informationen:

- Inklusionsbericht des Landesrechnungshofes:
http://www.landesrechnungshof-sh.de/file/sonderbericht_inklusion_2017.pdf

Pressekontakt:

Peter Rohling
Pressesprecher der AfD-Fraktion im Kieler Landtag
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel.: +49-(0)431-988- 1656
Mobil: +49-(0)176-419-692-54
E-Mail: peter.rohling@afd.ltsh.de